

Umstellung der gesetzlichen Grundlagen für Wasser auf Gemeinwohl

Vorschläge zur Novellierung des Satzung der
BWB, des Berliner Betriebesetzes und der
Wassertarifordnung

26.01.2017

AKTUALISIERT (10.2.2017)

Gerlinde Schermer

schermer@berlin.de

Rechtsgrundlagen, für eine Wasserpolitik zum Gemeinwohl

Vorschläge zur Novellierung der Gesetze und Verordnungen, Wasser betreffend.

1. Satzung der Berliner Wasserbetriebe Anstalt öffentlichen Rechts vom 9.9.2014

Die Satzung regelt in

§ 1 die Aufgaben der BWB

§2 Die Höhe des Stammkapitals beträgt 1.264,0 Mio. €

§3 Aufgaben des Vorstandes

§§ Aufgaben des Aufsichtsrates

§5 Gewährträgersammlung

§ 6 Aufgaben und Konstitution des Beirates

§7 Wirtschafts- und Finanzplan, Erläuterung der GuV und Jahresabschluss, Basis §11 Abs.3 Nr.2 BerlBG

Novellierungsvorschläge:

- **Verankerung des Menschenrechts auf Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitärversorgung sowie der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung in der Präambel zur Satzung der Berliner Wasserbetriebe**

Die vereinten Nationen haben am 28.Juli 2010 für alle Menschen ein Recht auf Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung in den Katalog der Allgemeinen Menschenrechte aufgenommen. Gerade für die Berliner Wasserbetriebe als natürlicher Monopolist und Ver- und Entsorger einer Millionenstadt Bevölkerung ist dies ein programmatischer Rahmen für die Tätigkeit, der in der Präambel zum Ausdruck kommen sollte. Die neuen Ziele und Zielvorgaben der Agenda 2030 sind universell und betreffen die ganze Welt, die entwickelten Länder wie die Entwicklungsländer. Sie sind integriert und unteilbar und tragen den drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung in ausgewogener Weise Rechnung.

- **Verankerung des Erwägungsgrundes I der Wasserrahmenrichtlinie WRRL in der Satzung: „Wasser ist keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss.“**

2. **Berliner Betriebesgesetz (BerBG) vom 14.7.2006 (GVBl. S827) zuletzt geändert durch Artikel II G zur Änderung der LHO und des BerlBG vom 4.11.2013 (GVBl.S 578 ber. S. 645)**
-

Das BerlBG regelt u.a. in

§1 Rechtsform und Sitz der BWB und der Gesamtrechtsnachfolge der ehemaligen Eigenbetriebe (BWB)

§2 Beteiligungen und Unternehmensverträge der BWB, (es ermöglicht noch immer die Beteiligung juristischer Personen des privaten Rechts als typische und atypische Gesellschafter, sowie eine erneute Teilprivatisierung)

§3 Aufgaben der BWB

1. Die Wasserversorgung Berlin
2. Die Ableitung und Reinigung des in Berlin anfallenden Abwasser einschließlich des Betriebes und der Unterhaltung von Oberflächenwasser Aufbereitungsanlagen
3. Die Produktion und Vertrieb ausschließlich erneuerbarer Energien in einer gesellschaftlich selbständigen Tochter.

Die BWB können im Rahmen ihrer allgemeinen Aufgabenstellung Eigenkapital bilden und Fremdkapital aufnehmen. Näheres regeln die Satzungen die öffentlich bekannt zu machen sind.

Im §3 Absatz 2 steht: (1),, Die Geschäfte der Anstalten sind nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung gemeinwirtschaftlicher Gesichtspunkte zu führen, soweit nicht durch dieses Gesetz oder andere Vorschriften etwas anderes bestimmt ist. (2) Die Anstalten sollen einen angemessenen Gewinn erzielen. (3) Sie sind verpflichtet den Bilanzgewinn an das Land Berlin abzuführen. (4) Über eine Rücklagenbildung ist das Abgeordnetenhaus von Berlin zu unterrichten.

Im §3 Absatz 3 Steht „ Die Anstalten können am marktwirtschaftlichen Wettbewerb teilnehmen, in diesen Fällen ist das Rechnungswesen für die wettbewerblichen Geschäftsbereiche vollständig getrennt zu halten.“

§ 4 (Satz 4 und 5) . **Anschluss-und Benutzerzwang** , sowie Übergangsregelungen ab 2007

§ 5 Gewährträger Land Berlin, (Das Land haftet uneingeschränkt)

§ 6 Organe und fakultativer Beirat (Vorstand, Aufsichtsrat, die Gewährträgersammlung)

§ 7 Vorstand

§ 8 Aufgaben des Vorstands

- (1) „ Der Vorstand leitet die Anstalt in eigener Verantwortung nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung gemeinwirtschaftlicher Gesichtspunkte, soweit nicht durch dieses Gesetz etwas anderes bestimmt ist.“

§9 Vertretung

Rechtsgrundlagen, für eine Wasserpolitik zum Gemeinwohl

§10 Aufsichtsrat

Im §10 (2) steht: Zum Mitglied des Aufsichtsrates (nach Absatz 1 Nr.2) darf nicht bestellt werden, wer wegen mittelbarer oder unmittelbarer Bindungen an ein Wettbewerbsunternehmen der Gefahr der Befangenheit ausgesetzt ist.

§11 Pflichten und Rechte des Aufsichtsrates

§12 Beanstandungsrecht

§13 Beirat

§13 Satz (1) „Der Aufsichtsrat kann einen Beirat bestellen. (2) Der Beirat berät den Vorstand und den Aufsichtsrat in allen Fragen, die Aufgabe der Anstalt, das Gemeinwohl und die Daseinsvorsorge berühren. (3) Dem Beirat gehören bis zu 10 Sachverständige an, die auf fünf Jahre bestellt sind“

(4) Die Energietochter erhält einen obligatorischen Beirat, 15 Mitglieder nach d.Hondt-Verfahren besetzt. (geregelt durch G. v. 4.11.2013 GVBl S 578)

§14 Gewährträgerversammlung

(1) Die Gewährträgerversammlung wird vom Senat bestellt. Ihr gehören im Fall der BWB die für Wasser- und Abwasserwirtschaft zuständige Senatsverwaltung an. Den Vorsitz bestimmt der Senat.

(2) Die Gewährträgerversammlung beschließt insbesondere über

1. Die Bestellung auf Vorschlag des Senats und die Abberufung der Mitglieder des Aufsichtsrates
2. Die Vergütung für die Aufsichtsratsmitglieder
3. Auf Vorschlag des Aufsichtsrates über die Satzung und ihre Änderungen

§15 Personalwirtschaft

Regelt Schutz von Mitarbeitern der ehemaligen Eigenbetriebe

§16 Tarife und Entgelte der BWB

- (1) Die Anstalten erheben im Bereich ihrer Aufgabe (§3 Abs. 5) BWB privatrechtliche Entgelte, die dem Äquivalenzprinzip und dem Grundsatz der Gleichbehandlung genügen. Die Tarife sind jeweils für einen Kalkulationszeitraum von höchstens zwei Geschäftsjahren dergestalt zu bemessen, dass das veranschlagte Entgeltaufkommen die voraussichtlichen Kosten deckt.
- (2) Die Tarife können in einen Grund und Arbeitspreis aufgeteilt werden. Der Grundpreis kann progressiv und degressiv gestaltet werden. Mengenrabatte auf Arbeitspreise sind unzulässig. ...Für den Anschluss an die Wasserversorgung und die Entwässerung können die BWB einmalige Entgelte und Baukostenzuschüsse erheben.
- (3) Kosten sind die bei wirtschaftlicher Betriebsführung nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten. Dazu gehören auch Entgelte für in Anspruch genommene Fremdleistungen, kalkulatorische Abschreibungen auf der Basis von Wiederbeschaffungszeitwerten, kalkulatorische Einzelwagnisse, Rückstellungen, eine angemessene kalkulatorische Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals und Aufwendungen für die wirtschaftliche und technische Entwicklung.

Rechtsgrundlagen, für eine Wasserpolitik zum Gemeinwohl

- (4) 1 Das betriebsnotwendige Kapital (BNK) besteht aus dem betriebsnotwendigen Vermögen, vermindert um den Anstalten vom Land Berlin zinslos zur Verfügung gestellten Vorauszahlungen und Anzahlungen. 2 Das betriebsnotwendige Vermögen setzt sich zusammen aus den Teilen des Anlage- und Umlaufvermögens, die dem Betriebszweck dienen. 3 Der Berechnung des betriebsnotwendigen Vermögens sind grundsätzlich die bilanziellen Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich der nicht indexierten Abschreibungen zugrunde zu legen. Die nähere Bestimmung der bei der Berechnung des BNK zu berücksichtigenden Berechnungskriterien ergibt sich aus der nach Absatz 8 zu erlassenden Rechtsverordnung.
- (5) Das BNK ist jährlich durch einen von dem Senat durch Rechtsverordnung nach Absatz 8 festzulegenden Zinssatz angemessen kalkulatorisch zu verzinsen. Die Höhe des festzulegenden Zinssatzes entspricht **mindestens** der durchschnittlichen Rendite zehnjähriger deutscher Bundesanleihen bezogen auf den Betrachtungszeitraum der abgeschlossenen 20 Jahre, die dem jeweils gewählten Kalkulationszeitraum ... vorausgehen. Bei der Festlegung des Zinssatzes hat der Senat die Durchschnittsrendite konservativer Vermögensanlagen in einem langfristigen, mindestens zehnjährigen, dem Kalkulationszeitraum zum Zeitpunkt der Antragsstellung vorausgehenden Betrachtungszeitraum zugrunde zu legen, wobei abgeschlossen Jahre zu betrachten sind.
- (6) Kostenüber- und Kostenunterdeckungen werden durch Nachkalkulation für den dem laufenden Kalkulationszeitraum vorangehenden Kalkulationszeitraum ermittelt. Damit werden etwaige Abweichungen von dem zum Zeitpunkt der Tarifgenehmigung angenommenen Kosten ermittelt. Die Tarifkundinnen dürfen nur mit den tatsächlich entstandenen Kosten belastet werden. Kostenüberdeckungen am Ende eines Kalkulationszeitraumes sind innerhalb von zwei Kalkulationszeiträumen auszugleichen. Die Verzinsung erfolgt gemäß §247 BGB Kostenunterdeckungen sind ebenfalls innerhalb von zwei Kalkulationszeiträumen auszugleichen.
- (7) Das Gesetz über Gebühren und Beiträge vom 22.5.1957 ... ist nicht anwendbar.
- (8) Der Senat wird ermächtigt durch Rechtsverordnung die in den Absätzen 1 und 4 genannten bei der Tarifikalkulation zu beachtenden Kriterien sowie den Zinssatz gemäß Absatz 5 zu bestimmen.

§19 Treue- und Schweigepflicht

- (1) Die Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstands sind verpflichtet, sich für das Wohl der Anstalten einzusetzen. .. (4) Sie dürfen keine Organisationen oder Beratungsaufgaben *bei Wettbewerbern ausüben*. (5) Satz 4 gilt nicht für die Mitglieder des Aufsichtsrates der BWB

Novellierungsvorschläge im BerlBG zur Änderung der Wasserpolitik:

Die öffentliche Daseinsvorsorge ist ein Pfeiler des Sozialstaates und muss als solche verteidigt werden. Das Sozialstaatsprinzip geht von dem Verfassungsrecht des Bürgers auf Öffentliche Daseinsvorsorge aus, denn nur Sie kann - unter staatlicher Verantwortung - allen Bürgerinnen und Bürgern das Recht auf Wasser garantieren. Dieses Prinzip verlangt die Rücknahme des Rückzugs des Landes aus seiner sozialstaatlichen Aufgabe. Deshalb ist als erster Schritt folgendes zu regeln:

- a) Streichung aller Bestimmungen in den Gesetzen und Verordnungen, die eine erneute Privatisierung/Teilprivatisierung der Wasserbetriebe ermöglichen
- b) Herstellung von Transparenz in den Aufsichtsgremien

Rechtsgrundlagen, für eine Wasserpolitik zum Gemeinwohl

- c) **Verzicht auf Wettbewerbsorientierung und Gewinnerzielungsabsicht der BWB, die Re-kommunalisierung muss der öffentlichen Daseinsvorsorge dienen – nicht der Sanierung öffentlicher Haushalte**
- d) **Verankerung eines Gemeinwohlorientiertes umweltschützendes Handeln der BWB gemäß der Berliner Wassercharta in den Zielvereinbarungen des Senats mit der Unternehmensleitung**

Danach ergeben sich folgende Gesetzesänderungen im Berliner Betriebegesetz

§2 BerlBG „Beteiligungen und Unternehmensverträge der BWB ist ersatzlos zu streichen“

§3 Abs. 1 Satz 3- ist ersatzlos zu streichen

§19 Treue- und Schweigepflicht , Ersatzlose Streichung des §19 Absatz 1, Satz 5 und §19, Absatz 2

§3 Aufgaben, Klarstellung der Definition des „angemessenen Gewinns“ in §3 Abs.2, durch den Zusatz „Zuschläge auf den angemessenen Zinssatz sind unzulässig“,

§3 Abs.5, Satz 3 ersatzlos streichen (Energietochter aus den Wasserbetrieben herauslösen, Strom und Wasser unterliegen völlig anderen EU Regelungen, Bannung der Gefahr der Infizierung mit den Ausschreibungs-Wettbewerbsregeln der EU und internationalen Verträgen.

Öffentliche Unternehmen der Wasserwirtschaft erbringen täglich und rund um die Uhr beste Leistungen zu günstigen Preisen, damit alle Bevölkerungsschichten Zugang zu dem lebensnotwendigen Trinkwasser haben. Gleichzeitig sind die Tätigkeiten der öffentlichen Wasserwirtschaft auf Nachhaltigkeit orientiert. Zu diesem Zweck stehen dem Land besondere öffentliche Rechte zu – wie der Anschluss-und Benutzerzwang, die Gebührenfestsetzung, die Festlegung von Schutzgebieten, Wegenutzungsrechte, Wasserentnahme- und Einleiterrechte usw.

Die Vermischung mit Strom könnte dazu führen, dass internationale Investoren die öffentlichen Aufgaben zum Gegenstand von Schiedsgerichtsverfahren machen könnten. So sind Konflikte um Mitnutzung der Infrastruktur oder um Wegerechte denkbar. (CETA ist deshalb abzulehnen)

§13, Satz 3 gemäß Bestimmung der Berliner Wassercharta zu überarbeiten

§13 Satz 4 Die Regelungen zur Mitbestimmung beim Stadtwerk sind außerhalb der BWB zu regeln

§16 Absätze 3,4,5 sind gemäß der Bestimmungen der Berliner Wassercharta zu überarbeiten.

Vorschlag für den **§16 (3)**

Kosten sind die bei wirtschaftlicher Betriebsführung nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten. Dazu gehören auch Entgelte für in Anspruch genommene Fremdleistungen, kalkulatorische Abschreibungen auf der Basis von Wiederbeschaffungszeitwerten, für die der angewandte Index jährlich offenzulegen ist, kalkulatorische Einzelwagnisse, Rückstellungen, eine angemessene kalkulatorische Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals und Aufwendungen für die wirtschaftliche und technische Entwicklung

Rechtsgrundlagen, für eine Wasserpolitik zum Gemeinwohl

Vorschlag für die Berechnung des betriebsnotwendigen Kapitals **§16(4) Satz 3**

(3) Der Berechnung des betriebsnotwendigen Vermögens sind grundsätzlich die bilanziellen Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich der nicht indexierten Abschreibungen zugrunde zu legen. **Die Rücklagen aus den Mehreinnahmen aus der Kalkulation der Abschreibungen nach WBZW gehören zum Abzugskapital.**

§16(4)Satz 4 einfügen: „Die Mehreinnahmen aus WBZW sind abzüglich jährlicher Ertragssteuern den Rücklagen der BWB zuzuführen.“

Vorschlag für die Berechnung der angemessenen Verzinsung: **§16 (5) Satz 2**

(2) „Die Höhe des festzulegenden Zinssatzes entspricht der durchschnittlichen Rendite zehnjähriger deutscher Bundesanleihen bezogen auf den Betrachtungszeitraum der abgeschlossenen 20 Jahre, die dem jeweils gewählten Kalkulationszeitraum ... vorausgehen. Bei der Festlegung des Zinssatzes hat der Senat die Durchschnittsrendite konservativer Vermögensanlagen in einem langfristigen, mindestens zehnjährigen, dem Kalkulationszeitraum zum Zeitpunkt der Antragsstellung vorausgehenden Betrachtungszeitraum zugrunde zu legen, wobei abgeschlossenen Jahre zu betrachten sind. Zuschläge auf den angemessenen Zinssatz sind unzulässig.“

Begründung: Die Sparer in Deutschland erleiden durch die Niedrigzinspolitik Jahr für Jahr Einbußen von rund 8 Mrd. € mit stark steigender Tendenz. (Ermittlungen der Sparkassengruppe für den Zeitraum 2010 bis 2015.) Nur mit Anlagen in riskanten Aktien könnten Sparer dem entgehen. Das aber ist keine dem Gemeinwohl dienende Alternative. Die niedrigen Zinsen entlasten den Staat und damit die öffentlichen Haushalte. Eine gleichzeitige Belastung der Bürgerinnen und Bürger mit überhöhten kalkulatorischen Zinsen in den Wasserentgelten, bei vergleichsweise geringem unternehmerischen Risiko (die Wasserbetriebe Berlin sind ein natürliches Monopol mit gleichzeitigem Anschluss- und Benutzerzwang), ist nicht angemessen. Ein Fortführung der Praxis der Zinserhebung, wie Sie unter den Bedingungen der Teilprivatisierung üblich war, ist abzulehnen.

Dazu einige Zitate zur Rolle des Landes Berlin aus dem Beschluss des Oberlandesgerichtes (OLG) Düsseldorf, VI-2 Kat4/12 zur (verlorenen) Klage der BWB bezüglich der Preisfestsetzung des Bundeskartellamtes.

„Das Land Berlin nimmt nämlich nicht nur die Rolle einer objektiven Tarifgenehmigungsbehörde.. wahr, sondern es hat aufgrund des Konsortialvertrages von 1999 eine enge Verflechtung mit den Betroffenen und ein ganz erhebliches Eigeninteresse daran möglichst hohe Trinkwasserentgelte zu genehmigen.“ „Dies gilt insbesondere für die „Ausgleichsverpflichtungen“ für die Privaten aus dem Privatisierungsvertrag, geregelt in §21.2 in Verbindung mit §23 des Konsortialvertrages vom 18.6.1999 in Verbindung mit der 5.Änderungsvereinbarung vom 24.10.2003.“

„In diesem Zusammenhang ist durchaus zweifelhaft, ob die eingeräumte Gewinngarantie überhaupt durch die Verfolgung legitimer öffentlicher Aufgaben im Rahmen einer an den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit orientierten Verwaltung gedeckt war, sondern vielmehr allein den finanziellen Interessen der Privatinvestoren dienen.“

Die im Rahmen der Einigung mit dem Bundeskartellamt verfügte Preissenkung bei Trinkwasser ab 1.1.2014 um 15% und die Senkung des Abwassertarifes 2015 gegenüber 2014 um 6,1%, bei

Rechtsgrundlagen, für eine Wasserpolitik zum Gemeinwohl

gleichzeitige erklärtem Gewinnverzicht des Landes bis zum Ablauf der Vereinbarung mit dem Bundeskartellamt 2018, mit der das 4-jährige Kartellverfahren mit der Behörde beendet wurde, löst das Problem für das Gemeinwohl dauerhaft nicht. Deshalb ist eine gesetzliche Klarstellung der Berechnung eines tatsächlich „angemessenen“ Zinses erforderlich.

Für eine Demokratisierung der BWB sind im Berliner Betriebsgesetz zu ändern:

- §10 Abs. 1 Satz 2 (Aufsichtsratsbesetzung) Von den sieben von der Gewährträgerversammlung auf Vorschlag des Senats zu bestellenden Mitglieder sind drei Senatoren, die übrigen auf Vorschlag des Senats zu bestellende Mitglieder des Aufsichtsrates müssen die Bürgerbeteiligung sichern.
- §10, Abs.3 Der Satz „Absatz 2 Nr.3 findet auf die BWB keine Anwendung“ ist ersatzlos zu streichen (Ausnahmeregel für BWB vom Verbot der Bestellung als Mitglied im Aufsichtsrat wegen Bindungen an Wettbewerbsunternehmen)
- Bürgerbeteiligung und Transparenz im 100% kommunalen Unternehmen BWB ist im Betriebsgesetz zu verankern

3.Verordnung über die Tarife der Berliner Wasserbetriebe (Wassertarifordnung) vom 14.6.199 (GVBl S 343 zuletzt geändert durch Art. I Zweite ÄndVO vom 13.4.2010, (GVBl.S.204)

Auf Grund des §5 des Gesetzes zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe vom 17.Mai 1999 wird verordnet:

§1 Kosten

(1) Die betriebswirtschaftlich ansatzfähigen Kosten der Wasserversorgung und der Entwässerung gemäß §3 Abs. 2 des Gesetzes zur Teilprivatisierung der BWB sind **die Grundkosten und die kalkulatorischen Kosten**

(2) Grundkosten sind die betrieblichen Kosten und Abgaben.

Zu den betrieblichen Kosten der Wasserversorgung und der Entwässerung zählen insbesondere die Kosten für

- Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe
- In Anspruch genommene Fremdleistungen
- Personalkosten

Rechtsgrundlagen, für eine Wasserpolitik zum Gemeinwohl

- Sonstige Kosten für den Betriebs-und Geschäftsbereich und für die Zuführung von Rückstellungen
- Abzüglich der betrieblichen Erträge der Wasserversorgung und Entwässerung

Abgaben sind

- Steuern
- Gebühren und Beiträge sowie Abwasserabgaben
- Sonderabgaben
- Grundwasserentnahmen- sowie Straßennutzungsentgelte
- Ausgenommen sind die Körperschaftsteuer und Zuschläge zur KöST.

(3) zu den kalkulatorischen Kosten zählen

- **Abschreibungen, Abschreibungen werden auf der Basis von Wiederbeschaffungszeitwerten berechnet.** Sonderabschreibungen und steuerlich veranlasste erhöhte Abschreibungen bleiben außer Betracht
- Kalkulatorische Wagnisse
- **Kalkulatorische Zinsen**, Kalkulatorische Zinsen sind Kosten, die für die Bereitstellung des betriebsnotwendigen Kapitals angesetzt werden.

§2 Das Betriebsnotwendige Kapital berechnet sich nach **der Anlage dieser Verordnung**.

Zu §2 **Das betriebsnotwendige Kapital setzt sich aus dem betriebsnotwendigen Vermögen vermindert um das Abzugskapital zusammen**, hierfür gelten die nachstehenden Bilanzpositionen. (Anlage 2 zur Wassertarifordnung) Diese sind mit den Durchschnittswerten des laufenden Geschäftsjahres anzusetzen.

Novellierungsvorschlag der Wassertarifordnung

Im Sinne des Gemeinwohlgedankens sind folgende Änderungen in der Wassertarifordnung vorzunehmen.

- Alle Bezüge im in der Wassertarifordnung betreffend des Teilprivatisierungsgesetzes 1999 sind zu streichen.
- Ergänzung §2 Wassertarifordnung:
In der Anlage zu §2 ist die Definition „Abzugskapital“ um die Position „Gewinnrücklagen aus WBZW“ zu ergänzen.

Rechtsgrundlagen, für eine Wasserpolitik zum Gemeinwohl

- Im §1 Absatz 1 ist zu regeln dass der, der Berechnung der indexierten Abschreibungen zu Grunde liegende - Index jährlich offen zu legen ist.
- Zur Offenlegung der Kalkulationsgrundlagen der „Kalkulatorischen Kosten“ ist die Informationspflicht über die Berechnung des „betriebsnotwendigen Kapitals“ in der Wassertarifordnung in der Verordnung zu regeln.

Daten, Fakten und Hintergründe

- Vorschläge für Transparenz und Bürgerbeteiligung

Regeln für die Berechnung der Kalkulatorischen Kosten

Die Kalkulatorischen Kosten sind beeinflussbar über

- Die Berechnungsregeln des Betriebsnotwendigen Kapitals „BNK“
- Die Höhe des Zinssatzes für eine „angemessen Verzinsung“ des BNK
- Die Berechnungsregeln für die Abschreibungen WBZW

Deshalb bedarf es klarer gesetzlicher Regelungen und Definitionen.

Quellen: siehe eingestellte Dokumente im Blog Dokumente „Klaerwerk“ eine Unterwebseite von www.BerlinerWassertisch.net http://blog.klaerwerk-berlin.net/page_id=104

Die Kalkulatorischen Kosten betragen laut Angaben der BWB an den „Sonderausschuss Wasserverträge“

Mio.	€	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11
Kalk. Kosten		334	380	383	375	351	414	411	430	457	495	510	538	554	563	553	548
Anteil an gesamt Kosten	%	38,3	41,2	43,1	41,1	42,7	48,4	48,1	46,0	47,9	50,3	50,9	52,5	53,3	53,3	51,4	51,8

Erkennbar ist, dass seit der Teilprivatisierung 1999 die kalkulatorischen Kosten kontinuierlich angestiegen sind.

Die Entwicklung des betriebsnotwendigen Kapitals der BWB in Mio. €/Jahr

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------

Rechtsgrundlagen, für eine Wasserpolitik zum Gemeinwohl

3.072	3.285	3.249	3.328	3.523	3.636	3.637	3.636	3.650	3.649	3.675	3.705
2012	2013	2014	2015	2016							
3.682	3.639	3.867	3852								

Seit der Teilprivatisierung 1999 stieg das BNK kontinuierlich an.

„Verordnungszinssatz“ inclusive Zuschlag

Der Zins auf das Betriebsnotwendige Kapital wird im Betriebegesetz geregelt und per Bericht zur Kenntnisnahme jährlich dem Parlament mitgeteilt. Der danach verordnete Zins mit faktischem Zuschlag betrug :

2013 (6,5%) 2014 (6,1%) 2015 (6,1%) 2016 (6,1%)

Die durchschnittliche Rendite 10-jähriger Bundesanleihen der jeweils vorhergehenden 20 Jahre lt. Mitteilung z. Kenntnis an das Parlament. Genannt „Mindestzinssatz“

für 2013 (4,5%) 2014 (4,1%) 2015 (3,9%) 2016 (3,6 %)

Berechnungsbeispiel : Betriebsnotwendiges Kapital in Mio.€

Berechnung des BNK nach der Gliederung der Anlage 2 Wassertarifordnung

I Anlagevermögen	1999	2015
Immaterielle Vermögenswerte		96,6
Sachanlagen	4.699,8	5.669,9
+ zzgl. Sonderabschreibungen		75,5
Abzüglich nicht nutzungsfähige Anlagen	- 80,8	-344,6
Abzüglich geleistete Anzahlungen	- 1.343,2	- 4,4
Abzüglich nicht betriebsnotwendiges Anlagevermögen	- 165,1	-71,3
Zwischensumme Anlagevermögen	= 3.110,7	= 5.421,7
II Umlaufvermögen		
+Vorräte	312,9	11,5
+Forderungen aus Lief. und Leistungen +sonst	613,5	809,4
Vermögensgegenstände,		
+ Schecks, Kassenbestand	166,2	4,4
+Bundesbank-Postgiroguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten		
= Zwischensumme Umlaufvermögen	= 1.092,6	= 825,3
= Summe I+II = betriebsnotwendiges Vermögen	4.203,3	6.247,0
III Abzugskapital		
Abzgl. Kapitalrücklage aus Zuführungen des Landes Berlin für Straßenregenentwässerung sowie für Tiefbaumaßnahmen und für U-Bahn Bau	- 115,5	-834,9
Abzgl. Sonderposten aus Zuschüssen	- 796,1	-412,6
Abzgl. Baukostenzuschüsse	- 65,4	-144,9
Abzüglich unverzinsliche „Sonstige Rückstellungen“	-194,8	-202,5

Rechtsgrundlagen, für eine Wasserpolitik zum Gemeinwohl

Abzüglich erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen Aus Kundenentgelten		-778,5
Abzüglich „sonstige Verbindlichkeiten“	- 16,3	-21,3

Summe Abzugskapital	-1.188,1	- 2394,7
= betriebsnotwendiges Kapital	3.015,2	3852,3

Die Zahlen 2015 entsprechen der Mitteilung Senatsverwaltung für Wirtschaft und Betriebe vom 10.2.2017

Zuständigkeit: Die Zuständigkeit für die Wassertarifordnung liegt bei der Rechtsaufsicht der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe.

Vorschlag der gesetzlichen Änderung

Im §2 Wassertarifordnung: In der Anlage zu §2 ist die Definition „Abzugskapital“ um die Position „Gewinnrücklagen aus WBZW“ zu ergänzen.

Begründung: In der Wassertarifordnung fehlt die Regelung über die Gewinnrücklagen aus WBZW als Abzugskapital. Von 2004 - 2016 (13 Jahre lang) erfolgte die Berechnung kalkulatorischen Zinsen auch auf die Rücklagen aus WBZW. (2016 wurden somit die Rücklagen, die aus dem Geld der Wasserkunden für Investitionen erhoben wurden, nochmals mit 6,1% verzinst- in der Tarifikalkulation). Gemäß DS 17/3114 hat die Gewährträgerversammlung der BWB die Rücklagenbildung im Rahmen der Umstrukturierung in Höhe von insgesamt 231,8 Mio. € durch Beschluss vom 12.4.2016 zur Kenntnis genommen. Damit erhöhte sich die Gewinnrücklage gesamt per 31.12.2015 auf 600,6 Mio. €. Aus den Ist-Mehreinnahmen WBZW im Jahr 2015 in Höhe von 69,2 Mio. € wurde 60% also 41,5 Mio. € den Rücklagen WBZW zugeführt. Die bis zum 31.12.2014 in Höhe von 181.829 TE bilanzierte Rücklage der stillen Gesellschafterin wurde aufgrund der Beendigung der Stillen Gesellschaft II in die Bilanzposition Gewinnrücklage umgegliedert.

Die Berechnung des betriebsnotwendigen Kapitals erfolgt gemäß der Anlage zu §2 Wassertarifordnung. Die Gewinnrücklagen aus WBZW sind hier nicht bei den Positionen des Abzugskapitals aufgeführt, werden also mit dem jährlich neu beschlossenen Zinssatz verzinst. Diese Praxis ist zu beenden, indem die Rücklagen aus WBZW als Abzugskapital aufgeführt werden. Der Effekt aus der niedrigeren Verzinsung würde den Wassertarif entlasten. Die Kosten für die Entwässerung der öffentlichen Straßen und Plätzen sind hiervon nicht betroffen.

(Die Mehreinnahmen aus WBZW ersetzen nach Auskunft des Senats 2003 den Wegfall der Verfassungswidrigen „Effizienzsteigerungsklausel“ im Teilprivatisierungsgesetz und stellten somit den Ausgleich für Renditeforderungen aus dem Konsortialvertrag dar, die die Privaten mit den in §23(7) geregelten Ausgleichspflichten des Landes Berlin begründeten. Die Re-

Rechtsgrundlagen, für eine Wasserpolitik zum Gemeinwohl

Kommunalisierung und Auflösung des Konsortialvertrages muss sich im Betriebegesetz und Wassertarifordnung widerspiegeln.)

Die Mehreinnahmen aus AFA nach Wiederbeschaffungszeitwerten (WBZW)

Im Betriebegesetz und in der Wassertarifordnung fehlt eine klare Regelung über die **Verwendung der Mehreinnahmen** aus der Kalkulation der Abschreibungen nach „Wiederbeschaffungszeitwerten“ im Wasserentgelt

§16(3) Berliner Betriebegesetz ist zu konkretisieren. Zudem ist in der Mitteilung zur Kenntnisnahme an das Parlament über die kompletten Mehreinnahmen aus WBZ und der Verwendung Bericht zu erstatten. (nicht nur über 60%)

Plan der Mehreinnahmen aus WBZW lt. Info Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung an den Berliner Wassertisch (24.8.2015) **In den Tarifen und Entgelten BWB Berlin**

Mio. €	2015	2016	2017	2018	2019	2020
100% Delta WBZW	72,1	73,7	74,0	76,3	79,4	79,2

*Die bisher angewandte Regelung hat ihren Ursprung im Konsortialvertrag und der 5.Änderungsvereinbarung vom 23.10.2003. Dort wurde mit den stillen Gesellschaftern im Zusammenhang mit den vertraglich vereinbarten „Ausgleichsverpflichtungen“ als Ersatz für die verfassungswidrige „Effizienzsteigerungsklausel im Teilprivatisierungsgesetz, die Bildung einer **Gewinnrücklage** vereinbart, die auf der in der Tarifikalkulation berücksichtigten Differenz zwischen Abschreibungen auf Basis der historischen Anschaffungskosten und den Abschreibungen, welche sich auf der Grundlage von Wiederbeschaffungszeitwerten ergeben, basiert. Die Gewinnrücklage ist eine andere Rücklage im Sinne des §266 Abs.3 HGB. Sie wird im Hinblick auf die zu erwartenden steuerlichen Abzüge **von jährlich pauschal 60% der Bemessungsgrundlage gebildet. (Siehe Geschäftsbericht BWB 2014)** Gemäß Antwort des Senats in **DS 17/15476** haben die BWB hier keinen Gestaltungsspielraum. Eine Abweichung der tatsächlichen Ertragssteuer Belastung habe keine Auswirkung auf die 40% /60% Aufteilung.*

Lt. Auskunft v.3.1.2017 der Senatsverwaltung Finanzen an den Berliner Wassertisch ist das Land Berlin aktuell mit der Auflösung des Konsortialvertrages über die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe befasst. Es sei vorgesehen, dass der Konsortialvertrag 2017 aufgelöst wird und dies in geeigneter Form bekannt gegeben wird. Nach dem Wegfall der Finanzierungs-und Beteiligungsgesellschaften und der Aufhebung der einheitlichen Leitung bestehen nun getrennt die BWB AÖR und die BWH GmbH.

- **Unzulässige Gewinnerzielung des Landes Berlin ist zu beenden.**

Rechtsgrundlagen, für eine Wasserpolitik zum Gemeinwohl

§16(3) BerlBG ist zu ergänzen: Die Mehreinnahmen aus WBZW sind abzüglich jährlicher Ertragssteuern den Rücklagen der BWB zuzuführen.

*Obwohl die BWB AÖR als zu 100% kommunales Unternehmen definitiv keine 40% Steuer auf die Mehreinnahmen aus WBZW zahlen, **hat die Gewährträgerversammlung am 1. Februar 2016 beschlossen**, dass die sogenannten Rücklagen aus Wiederbeschaffungszeitwerten auch in künftige Geschäftsjahren unter den gleichen Prämissen (**wie unter dem Konsortialvertrag**) weitergeführt werden. De facto stellt die beschlossene Ausschüttung von Beträgen aus WBZW Einnahmen über die gezahlten Steuern hinaus eine unzulässige Bereicherung des Landes Berlin auf Kosten der Wasserkunden dar und ist zu beenden. Das Geld ist im Betrieb zu belassen.*

Bei den BWB unterliegt die Wasserversorgung der Steuerpflicht nach §1 Abs.1 Nr. 6 in Verbindung mit §4 des Körperschaftssteuergesetzes. Hingegen ist die Abwasserentsorgung nach §4 Abs. 5 des Körperschaftssteuergesetzes nicht steuerbar, soweit es sich um Kunden in Berlin handelt. (Geschäftsbericht BWB) 2014 ,Seite 23)

Die Investitionsplanung ist einzuhalten und öffentlich zu begleiten

Die gebildete Gewinnrücklagen sollen „insbesondere die Substanz des Abwassernetzes langfristig und nachhaltig sichern“. Wie können diese Rücklagen zum Substanzerhalt des Abwassernetzes genutzt werden, wenn die Entnahmen aus den Rücklagen 0,00 € betragen? Warum nehmen die BWB zusätzlich (zur vorhandenen Liquidität) Kredite zur Finanzierung von Investitionen am Kapitalmarkt auf? Aus den Geschäftsberichten der BWB ist nicht ersichtlich, wie hoch der Anteil der Eigen- und fremdfinanzierten Investitionen in die Berliner Wasserbetriebe ist. Dadurch ergeben sich Informationslücken, die eine Kontrolle erschweren.

Um die Kontrolle für das Gemeinwohl zu ermöglichen, die auch eine unzulässige Verschuldung der BWB im Blick hat, ist die Berichterstattung im Geschäftsbericht entsprechend zu qualifizieren und präzisieren. Die Darstellung der eigenfinanzierten und der kreditfinanzierten Investitionen im Geschäftsbericht ist dafür unerlässlich.

<i>Kreditfinanzierte Investitionen der BWB Jahr</i>	2013	2014	2015	2016
<i>Wasserversorgung</i>	50 Mio.€	30 Mio.€		
<i>Entwässerung</i>	75 Mio. €	70 Mio.€		
<i>Summe</i>	125 Mio.€	100 Mio.€		

Der Effekt der Kreditaufnahme ist die Verschuldung des Betriebes für die Sanierung des Anlagevermögens, welches wiederum den Ausgangspunkt für die Berechnung des betriebsnotwendigen Kapitals darstellt, welches mit höheren Zinsen kalkuliert wird, als die BWB für die Kreditaufnahme (wegen der Gewährträgerhaftung) an Sollzinsen an Banken zahlen. Die Differenz aus höherem „Verordnungszinssatz und niedrigeren Sollzinsen für

Rechtsgrundlagen, für eine Wasserpolitik zum Gemeinwohl

Kredite schlägt sich als ungerechtfertigter Gewinn auf Kosten der Wasserkunden nieder. Das entspricht weder für den Betrieb noch für die Wasserkunden dem Gemeinwohl.

Entwicklung der Investitionen, Plan/Ist lt. Geschäftsberichten BWB

JAHR	2013	2014	2015	2016
Plan in Mio.€	224	312,7	313,3	293,2
Ist in Mio. €	263,9	274,3	253,5	
Rückkauf KW Waßmannsdorf	243,9			
Dav. Trinkwasser	85.7	79.4	84.6	
Dav. Abwasser	178.2	194.9	168.9	

Begründung im Geschäftsbericht 2015 für die Unterschreitung der Investitionsplanung um ca. 19%: Die Sanierung durch Renovierung sei mit deutlich geringeren Kosten zu bewältigen, Einsparung von Investitionen durch grundlegende Überarbeitung des „Gewässergütekonzepthes“ in Zusammenarbeit mit den Land Berlin. Sowie Genehmigungsschwierigkeiten bei der Verkehrslenkung und Kampfmittelfreimachung sowie Verzögerungen bei der Maßnahmengenerierung.

Sanierungslänge des Kanalnetzes 2013 (35km)	2014 (49,2 km)	2015 (49,3km)
Neubau Kanalnetz	2013 (k. A.)	2014 (17km)
		2015 (9,6 km)
Inspektionen im Kanalnetz	2013(634 km)	2014 (750 km)
		2015 (748 km)

Die Investitionen lagen in den Jahren 2013 bis 2015, aber auch schon zuvor unter dem notwendigen Erhaltungsaufwand. Eine Studie, die im Auftrag der Stiftung Baugewerbe erstellt wurde, gibt Hinweise auf den Investitionsbedarf. Im Jahr 2011 lag die Kanalerneuerungsrate bei 0,33%. Das heißt in ca. 303 Jahren(!) wäre das ganze Kanalnetz saniert. Da offensichtlich ist, dass das nicht ausreichend ist, ist eine öffentliche Diskussion der Investitionsstrategie der BWB erforderlich. Trotz höherer Planung bleiben die tatsächlichen Investitionen hinter dem Erhaltungsaufwand zurück. Zuständig für die Steuerung ist die Senatsverwaltung Wirtschaft, Technologie, Energie.

Abschreibungen im Verhältnis zu Investitionen der BWB

In Mio. €	2013	2014	2015	2016
AFA BWB	263.456	282.149	297.156	
IST Investitionen	263.900	274.300	253.500	

- Die Bauindustrieverbände und der Berliner Wassertisch fordern ein **öffentlichen Investitionsmonetoring in der Verantwortung des Landes Berlin als Eigentümer, durch die BWB.**

Rechtsgrundlagen, für eine Wasserpolitik zum Gemeinwohl

Senat und Aufsichtsrat der BWB haben dem Gesetzgeber für das Verfahren des öffentlichen Monitorings unter Einbeziehung neutraler Experten und kontinuierlicher (Halbjährliche) Publikationspflicht - Vorschläge zu unterbreiten.

Gemeinwohl- und umweltpolitische Ziele in die Zielvereinbarungen der Geschäftsführung

Die umweltpolitischen Ziele, die in der Satzung definiert sind, müssen sich auch in der Geschäftspolitik der BWB wiederfinden und die Erfüllung der Ziele überprüfen lassen.

- **Verankerung von Umweltpolitischen Zielen in der Geschäftspolitik der BWB durch Zielvereinbarungen mit der Unternehmensleitung**

Solche Themen sind u.a.

- Senkung des Sulfateintrages und der Verockerung der Spree aus dem Braunkohlentagebau in der Lausitz
- Senkung der Belastung des Wassers durch Düngemiteileinsatz (u.a. Nitrate) durch gesetzliche Vorgaben für die Landwirtschaft
- Sensibilisierung der Verursacher diverser Einträge Z.B durch Medikamente

Bürgerbeteiligung und Transparenz

- **Verankerung von Bürgerbeteiligung in der Geschäftspolitik der BWB durch Zielvereinbarungen des Senats mit der Unternehmensleitung**

Seit mehreren Jahren sind die Berliner Wasserbetriebe nach den Standards für Qualitäts- und Umweltmanagement DIN EN ISO 9001 und DIN EN ISO 14001 sowie nach OH-SAS 18001 (Arbeits- und Gesundheitsschutz) zertifiziert. Diese Zertifizierung ist um Bürgerbeteiligung nach den ISO-Normen 24510, 24511, 24512, zu erweitern.

Zur Durchsetzung von mehr Bürgerbeteiligung gemäß der EU-Wasser-Rahmen-Richtlinie (WRRL) von Dezember 2000, in der § 14 die „aktive Beteiligung“ der Bürger festschreibt, wird vorgeschlagen das Betriebsgesetz zu ergänzen, so dass die staatlichen Stellen verpflichtet sind, aktiv zu werden, um die Bürger zu beteiligen.

Zudem sind die Berliner Wasserbetriebe anzuhalten nach den ISO-Normen 24510, 24511, 24512, die Bürgerbeteiligung zu verbessern. Nach diesen Normen ist auch bei der Preisgestaltung Bürgerbeteiligung empfohlen. Es werden „gläserne“ Betriebe angestrebt, die aktiv die Bürger in allgemeinverständlicher Weise informieren sollen.

Die von den Bürgern eingerichteten Gremien zur Bürgerbeteiligung müssen uneingeschränktes Informationsrecht in Bezug auf alle Angelegenheiten der BWB erhalten.

Dies ist rechtlich angemessen, weil die BWB ein öffentliches Unternehmen darstellen, welches als Monopolunternehmen (natürliches Monopol) keine Konkurrenz fürchten muss. Sofern im Zusammenhang mit den BWB sogenannte Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse von privaten Unternehmen berührt werden, sind sie in dem hier relevanten Bereich außer Kraft gesetzt, nach dem Grundsatz; Wer mit

Rechtsgrundlagen, für eine Wasserpolitik zum Gemeinwohl

einem öffentlichen Unternehmen der Daseinsvorsorge zusammenarbeitet, muss bereit sein, selbst vollkommene Transparenz zu gewährleisten. (Siehe dazu auch das Urteil des Kammergerichts Berlin, KG 23/U112_12).

- **Die Sitzungen des Beteiligungsausschusses des Parlamentes** die den Kernbereich der Daseinsvorsorge „Trink- und Abwasserversorgung“ berühren **haben öffentlich stattzufinden.**

Zu Formen der Beteiligung sind die Vorschläge der Bürgerbewegungen anzuhören und ernsthaft im Gespräch mit dem Abgeordnetenhaus zu erörtern.